

# Sicherheitspolitische Information

April 2016

Sieben Thesen zur künftigen Sicherheitspolitik

## Anmerkungen zur aktuellen Politik

Rüstungspolitik

## Faktenklärung zu BODLUV



Herausgeber: Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaften (VSWW)

[www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)

Postfach 65, 8024 Zürich

(Spenden auf: Postkonto 80-500-4, Credit Suisse Zürich, Konto-Nr. 468809-0)

Präsident: Dr. Günter Heuberger, Vizepräsidenten: Jakob Baumann und Dr. Christoph Grossmann

Redaktion: Dr. Daniel Heller, Andreas Heizmann, Marc Iten

## Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>1. Sicherheitspolitik in ausgetrampelten Pfaden</b>	<b>3</b>
<b>2. Aktuellen Bedrohungen kann nur ungenügend begegnet werden</b>	<b>4</b>
<b>3 Plädoyer für neue Wege und Konzepte</b>	<b>6</b>
3.1 Sicherheitspolitik als professionelles Risikomanagement auf Stufe Staat	6
3.2 Sieben Thesen	6
<b>4 Die beste Schweizer Sicherheitspolitik</b>	<b>9</b>
<b>5 Faktenklärung zu BODLUV</b>	<b>9</b>

## Vorwort

*Das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit muss immer wieder neu austariert werden, denn den einen idealen Punkt, in dem die beiden im Gleichgewicht wären, gibt es nicht. Das dazu notwendige politische Gefäss ist die Sicherheitspolitik.*

*In einer Zeit, in der selbsternannte Kalifatskrieger des Islamischen Staates (IS) in den von ihnen eroberten Ortschaften zielstrebig die Banktresore konfiszieren, siegreiche Kämpfer mit Mädchen und jungen Frauen belohnen, die sie in den Häusern der Ungläubigen eingesammelt haben, anschliessend deren Ehemänner, Brüder, Väter erschiessen, köpfen oder kreuzigen und zu Hunderten die Soldaten der gegnerischen Armee, denen die Flucht nicht mehr gelang, exekutieren, muss die Frage der Sicherheit neu beurteilt werden. Dies umso mehr, als die Ausläufer dieser*

*bestialischen Kriegsführung mittlerweile per Terroranschläge die Zentren Europas erreicht haben und das Projekt Europa wegen der Schuldenkrise und der Migration selber in der grössten Krise seit seiner Entstehung begriffen ist. Dabei sind wir weder im Zeitalter der Völkerwanderung noch im Mittelalter, obwohl viele Entwicklungen an längst vergangene Schulstunden zu jenen Themen erinnern.*

*Zeit also, dass die schweizerische Sicherheitspolitik sich zu zeitgemässen Antworten auf diese machtpolitischen Verwerfungen durchringt. Dazu einige Gedanken und Thesen unseres Geschäftsführers.*

Dr. Günter Heuberger, Präsident



## 1. Sicherheitspolitik in ausgetrampelten Pfaden

Mit deutlichen Resultaten haben beide Kammern unseres Parlamentes im März der *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* zugestimmt. Damit sind nach jahrelangen Planungen und Diskussionen die aus dem Sicherheitspolitischen Bericht 2010 sowie dem Armeebericht 2010 abgeleiteten Eckwerte für unsere Milizarmee von der Politik endlich definiert worden. Wesentliche Verbesserungen konnten dabei gegenüber den ursprünglichen Planungen des VBS erzielt werden; namentlich bei der Finanzierung der Armee, der Begrenzung der Dienstage, der WK-Dauer und beim Erhalt der Verteidigungsfähigkeit – der «raison d'être» der Armee. *Ein Konsens besteht allerdings trotz jahrelanger Diskussionen nicht.* Rechtskonservative Milizorganisationen sammeln Unterschriften für das Referendum; die Linke wird das Vorhaben der Torpedierung der neuen Armee teilen. *Im Falle eines Erfolges des Referendums muss die Armee, wie sie heute dasteht, weiter mit unklaren Perspektiven kämpfen. Eine Armee, an der zuvor jahrelang inkonsequent*

*herumreformiert worden ist.* Grundlage dafür war die (unausgesprochene) Überzeugung, dass die Armee nach dem Kalten Krieg auf Jahrzehnte hinaus keine Kampfaufträge mehr erfüllen können muss.

Gleichzeitig hat das VBS einen *neuen Sicherheitspolitischen Bericht 2016* erarbeitet und in eine breite Vernehmlassung gegeben. Unterbreitet wird eine Weiterentwicklung auf der Basis des Sicherheitspolitischen Berichts 2010. Wie schon dem Bericht 2010 haften dem Berichtsentwurf allerdings schwere Mängel an. Er ist zwar eine einigermaßen adäquate Beschreibung zur Lage, es mangelt ihm aber an *brauchbaren sicherheitspolitischen Konsequenzen*. Das Fehlen von strategischen Eckwerten und Konsequenzen, die augenscheinlich der «politischen Korrektheit» geopfert wurden, schadet der Qualität des Dokuments. *Ohne gründliche Überarbeitung dieser inhaltlichen Mängel kann dieser Bericht keine brauchbare Strategie für die nächsten fünf bis zehn Jahre aufzeigen.*

## 2. Aktuellen Bedrohungen kann nur ungenügend begegnet werden

Anstelle einer konkreten Bedrohung, für welche lange Zeit eindimensionale Reaktionsmodelle insbesondere im Rahmen der Streitkräfte ausreichten, tritt heute eine ganze Palette möglicher Chancen und Risiken. Auf sie müssen moderne Sicherheitskonzepte vielschichtig und flexibel als Instrumente für Verteidigung und Schutz, Konfliktverhinderung und Friedenssicherung reagieren können.

Ausgehend von einem vermehrt *hybriden Kriegsbild* und mit Blick auf die Forschungen, Entwicklungen und Investitionen der führenden Armeen fällt auf, wie stark diese in Robotik, Drohnen, Cyberwar und vor allem in ferngesteuerte Waffensysteme (damit notwendigerweise auch in den Schutz der Führungsinfrastruktur und des Internets etc.) investieren. Parallel dazu stellen wir ein Ringen um bessere *Luftverteidigungssysteme* fest, da die führenden Mächte wie die USA, Russland oder China erkannt haben, dass sich die entscheidenden Auseinandersetzungen eher in der Luft als am Boden abspielen. Im Klartext heisst dies auch für unsere sicherheitspolitischen Instrumente *mehr Technologie und weniger «Manpower»*.



Notwendig sind sodann moderne Nachrichtendienste. Diese unterstützen die politischen Behörden bei der *sicherheitspolitischen Lagebeurteilung und Entscheidungsfindung*. In Anbetracht der transnationalen Bedrohungen durch Terrorismus, IS-Rückkehrer, Proliferation von Massenvernichtungsmitteln, Raketentechnologie und organisierte Kriminalität haben sich die Schwergewichte der nachrichtendienstlichen Arbeit verlagert. Während die Formen militärischer Bedrohung zur Zeit des Kalten Krieges anhand eines verhältnismässig einfachen Kriterienrasters analysiert werden konnten, ist zurzeit eine *viel grössere Fülle an Einfluss- und Gefährdungsfaktoren* zu berücksichtigen, die für eine Lagebeurteilung relevant sind.

Gerade angesichts der stets präsenten Terrorgefahr durch islamische Extremisten, Fundamentalisten, Separatisten oder Anarchisten müssen Nachrichtendienste in der Lage sein, mit nachrichtendienstlichen Mitteln – beispielsweise mit der Aufklärung von elektronisch übermittelten Kommunikationen (Communication Intelligence), vermehrt aber auch mit Quellen (Human Intelligence) – in Interessengebieten umfassende Informationen zu beschaffen. Je skrupelloser die Akteure in den Bereichen Terrorismus, Waffenproliferation und organisierte Kriminalität werden, desto mehr sind die Nachrichtendienste auf *vielfältige und taugliche nachrichtendienstliche Instrumente* zur Beschaffung von Informationen angewiesen.

Nach der Informationsbeschaffung brauchen *Nachrichtendienste ausreichend Ressourcen*, um diese Fülle von Daten und Informationen aufgrund sehr guter Kenntnisse zu bewerten, auszuwerten und zu verbreiten. Die Auswertung offener Quellen (Open-Source-Intelligence) ist zwar für die Analyse von regionalen Verhältnissen bedeutsam. Für die Führung nachrichtendienstlicher Operationen mit teilweise hohem Risiko sind aber bedeutend detailliertere Erkenntnisse nötig, die praktisch nur auf nachrichten-

dienstlichen Wegen in den jeweiligen Räumen beigebracht werden können. *Das neue ND-Gesetz bringt uns auf diesem Wege ein Stück weiter und das Referendum dagegen schadet der nationalen Sicherheit. Das Bekämpfen des Referendums wird somit zur sicherheitspolitischen Pflicht.*

Eine langfristig taugliche sicherheitspolitische Konzeption darf schliesslich die geschichtlichen Erfahrungen nicht ausblenden. Sie muss von sich rasch und unter Umständen dramatisch *wandelnden Macht-konstellationen* ausgehen. Wir werden gerade wieder Zeugen von derartigen Veränderungen im Nahen Osten, in der Ukraine, auf der Krim und auch in Europa. Eine zukunftstaugliche Sicherheitspolitik muss darum mit *ständigen Kurskorrekturen* und einem *flexiblen Aus- und Umbau* der Leistungen gewährleisten, dass nicht nur der schlechtest denkbaren Entwicklung begegnet werden kann, sondern gleichzeitig die Chancen positiver Entwicklungen im Zeichen internationaler Stabilität und Solidarität aktiv unterstützt werden können.



*Beschaffung von Informationen: zentral zur Verhinderung von Terroranschlägen (Bild: Mumbai 2008).*

Auch wenn das Spektrum der Gefahren und Risiken breiter geworden ist, bleibt Sicherheitspolitik grundsätzlich ein *Instrument zur Reaktion auf machtpolitische Bedrohungen*; angefangen bei Angriffen oder Übergriffen fremder Mächte auf unser Staatsgebiet bis hin zu Terroranschlägen und Katastrophen existenziellen Ausmasses ist vieles denkbar. Darum sind insbesondere die Schnittstellen und Aufwuchsszenarien im Falle von Überforderung der zivilen Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen entscheidend: Schutz kritischer Infrastrukturen, der Landesgrenzen und der Energieversorgung erlangen im Zeitalter von Terrorattacken neue Bedeutung.

*Die Bewältigung von Krisen und Katastrophen bedingt heute Verbundleistungen: Involviert sind Bund, Kantone, kritische Infrastrukturen, je nachdem auch Nachbarländer und internationale Organisationen.* Mit Blick auf das Eskalationspotenzial ist es notwendig, dass zivile und militärische Verantwortungsträger befähigt werden, eine Krise gemeinsam zu bewältigen und Gegenmassnahmen koordiniert zu führen. *Damit müssen auch künftig Schulungen und Übungen regelmässig erfolgen und zwingend aufeinander abgestimmt werden.*

Der Gefährdung der ökologischen Lebensgrundlagen ist mit anderen Instrumentarien zu begegnen; diese legitimiert jedenfalls keine Mittelverlagerung von einem in den anderen Bereich zulasten der Sicherheit des Landes. Ohne Sicherheit bleibt nachhaltige Ökologie Illusion. Umgekehrt bildet vernachlässigte Ökologie ein Sicherheitsrisiko. So ist die Energieversorgung in jedem Falle durch bestehende Energiequellen zu gewährleisten, bis Kapazitäten für eine laufende Erneuerung entstehen.

## 3. Plädoyer für neue Wege und Konzepte

### 3.1 Sicherheitspolitik als professionelles Risikomanagement auf Stufe Staat

Unsere diesbezügliche Strategie

- richtet sich auf die gefährlichsten Risiken aus,
- deckt die wahrscheinlichsten ab und
- muss Restrisiken in Kauf nehmen.

Die Armee ist neben den Mitteln der zivilen Instanzen auch künftig das wichtigste sicherheitspolitische Mittel des Bundes in der Krisenbewältigung. Je mehr eine Krise machtpolitisch eskaliert, umso bedeutsamer wird der Beitrag der Armee. Moderne Einsätze bedingen weiterhin die Fähigkeit zur harten Intervention, das bedingt eine Ausrüstung mit mechanisierten Kräften. Es bedeutet auch, dass die Schweiz ausreichende Kapazitäten und Kompetenzen zum Schutz des Luftraumes und zur Wahrung der Lufthoheit bereitstellen muss.

Der Bericht des Bundesrats vom Sommer 2010 wurde in weiten Kreisen von Militär, Politik und Gesellschaft als ungenügende Grundlage empfunden, um unser Land zu schützen. Inhaltlich harren auch nach Vorlage des neuesten Entwurfes viele weiterführende Fragen immer noch überzeugender Antworten. Stichworte lauten: Tragfähigkeit und Weiterentwicklung des Milizsystems, flexiblere und pragmatischere Auslegung der Neutralität, Definition einer modernen Verteidigungsdoktrin, Abgrenzung/Vernetzung innere und äussere Sicherheit.

Die ungenügende Akzeptanz von Sicherheits- und Armeebericht in den Jahren 2009/10 war Basis für den langjährigen Streit um die WEA und spiegelt sich auch im aktuellen, im Entwurf vorliegenden Sicherheitsbericht 2016. Diese Planungs- und Berichtskaskade hat einmal mehr klar gemacht: Ein reines Verwaltungsgremium ist nicht mehr in der Lage, einen breit akzeptierten Sicherheitsbericht zu erarbeiten. Die angemessene und frühe Involvierung von Wissenschaft und Experten aus Wirtschaft, Politik und Miliz ist zwingend.

Solange wir Streitkräfte haben, werden wir diese einerseits auf hybride Konflikte, andererseits aber auf das gefährlichste Risiko eines symmetrischen konventionellen Konfliktes auch in unseren Breitengraden

ausrichten müssen. Nicht nur sind die militärischen Potenziale im europäischen Raum immer noch vielfältig vorhanden. Neuere Entwicklungen zeigen ebenfalls, dass das Friedenskonzept EU nicht gegen Rückschläge bis hin zu einem möglichen Zerfall gefeit ist. Dies vor allem, wenn die neuen völkerwanderungsähnlichen Migrations- und Flüchtlingsströme nicht mehr bewältigt werden können.

### 3.2 Sieben Thesen

Um unsere Sicherheitspolitik und Streitkräfte künftig glaubwürdig auszustatten, sollten folgende sieben Grundsätze durch die Behörden beachtet werden:

#### 1. Kontinuität von staatspolitischen Maximen wird auf absehbare Zeit nicht nur unsere Sicherheitspolitische Strategie sondern auch unsere Streitkräftekonzeption prägen.

- Dazu gehört die Fähigkeit zur Verteidigung aus eigener Kraft. Für den weiterhin neutralen Staat bleibt strategische Sicherheit durch freiwillige und auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Schweiz und ihrer Partner ausgerichtete Kooperationen der einzig richtige Weg.



*Bei hybrider Kriegsführung geht es um Taktiken, die auf Täuschung und Verschleierung beruhen statt auf dem offenen Einsatz herkömmlicher militärischer Mittel. Sie reicht von Propaganda und Desinformation über wirtschaftlichen Druck bis zum Einsatz von verdeckt operierenden Militäreinheiten.*

- Bezüglich Organisation der Streitkräfte ist die Milizarmee in Form des Volksheeres, basierend auf der allgemeinen Wehrpflicht, die erst kürzlich an der Urne bestätigte, effiziente und demokratisch legitimierte Organisationsform.
  - Alternative wäre eine deutlich kleinere Berufsarmee. Letztere wäre nur im Rahmen eines Bündnisses vorstellbar. Mittelwege sind Scheinlösungen, verunsichern und haben geringe Chance zu bestehen. Dieser Weg ist abzulehnen, insbesondere angesichts einer kontinuierlichen Aushöhlung von Bündnissen wie der NATO durch widersprüchliche Politik der türkischen Regierung.
- 2. Wir brauchen in der Diskussion um unsere Streitkräfte eine Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen. Jede Weiterentwicklung erfolgt fähigkeitsorientiert.**
- VBS und Bundesrat sind gehalten, die diesbezüglichen Bedürfnisse exakt und einleuchtend zu begründen. Nur eine stets integrierte Betrachtung kann helfen: Welche Aufgabe muss mit welchen Ressourcen erfüllt werden?
  - Die Investitionsplanung der Armee ist fähigkeitsorientiert darzulegen und zu begründen: Das von der Armee verlangte Denken in Fähigkeiten zeigt auf, wo Lücken bestehen, und begründet damit die notwendigen Investitionsschwergewichte.
  - Die Armeeführung schuldet einen transparenten Investitionsplan, mit dem Parlament und der Öffentlichkeit verständlich gemacht werden kann, weshalb eben ein jährliches Budget von 5 Mrd. nicht genügt, um die zur Erfüllung des verfassungsmässigen Verteidigungsauftrages notwendigen Fähigkeitsbündel zu erfüllen. Das Budget muss mithilfe Drucks von Politik, Sicherheitsexperten und Öffentlichkeit erhöht werden.
- 3. Die Schweizer Armee muss aufholen, um wieder ein mittleres Technologieniveau zu erreichen.**
- Die Verteidigungskompetenz verlangt weiterhin alle Grundfunktionen einer Streitkraft des 21. Jahrhunderts.
- Darin eingeschlossen ist heute die Fähigkeit zum Einsatz in friedensfördernden und friedensunterstützenden Missionen.
  - Darin eingeschlossen sind insbesondere die Fähigkeiten zur umfassenden Luftverteidigung.
  - Der Planungsstopp zum Projekt BODLUV signalisiert eine unverständliche Entwicklung. Die Begründung ist fadenscheinig. Eben hat der Bericht «Konzept zur langfristigen Sicherung des Luftraumes» (Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats Galladé 12.4130 vom 12. Dezember 2012, vom 27. August 2014) alle gestellten Fragen beantwortet.
- 4. Die Armee braucht ausreichende Finanzen und höhere Planungssicherheit.**
- Der gültige dreigliedrige Armeeauftrag, die verfassungsmässige Rahmenbedingung von Milizarmee und Wehrpflicht sowie die heute erkennbaren Fähigkeiten führen zu einem Finanzrahmen von jährlich 5 Milliarden Franken.
  - Die beiden Kammern scheinen einem mittelfristigen 4-jährigen Armeebudget von 20 Mrd. zuzustimmen. Trotzdem hat der Bundesrat in seltener Renitenz gegenüber seiner Aufsichtsbehörde, welche die Budgethoheit ausübt, wieder ein jährliches Budget von 4,7 Mrd. vorgeschlagen. Dies schadet den sicherheitspolitischen Anliegen der Eidgenossenschaft nachhaltig.
- 5. Politisch tragfähige Weiterentwicklungen von Sicherheitspolitik und Armee bedingen den angemessenen Einbezug des Parlaments.**
- Dem Parlament sind Leitsätze zur Weiterentwicklung von Armee und Sicherheitspolitik zur Beschlussfassung zu unterbreiten.
  - Damit verknüpft sind Mehrjahrespläne zu den Entwicklungen von Fähigkeiten, zur Organisation, zur Doktrin und zu den dazu notwendigen Investitionen.
  - Eine solche «Fähigkeitsorientierte Streitkräfteplanung» (FOSP) muss idealerweise auf vier Jahre angelegt sein und periodisch dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden.

**6. Sicherheitspolitik braucht ein flexibles Grundkonzept und periodische Lageupdates mit Kernsätzen, welche den Anpassungs-/Weiterentwicklungsbedarf definieren.**

- Prozessual braucht die Schweiz aufgrund der aktuellen geopolitischen Entwicklungen und der eingangs erwähnten beschleunigten Prozesse, sicherheitspolitische Lagebeurteilungen in höherer Kadenz.
- Offensichtlich notwendig ist künftig eine Periodizität – mindestens eine Aktualisierung je Legislaturperiode.
- Inhaltlich darf sich diese darauf beschränken, in Form eines Weissbuches ein Update zur sicherheitspolitischen Lage und Leitsätze zu den sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Konzept der Sicherheitspolitik zu unterbreiten.
- Die Option, bei Grossereignissen von strategischem Ausmass eine grundsätzliche Neubeurteilung der sicherheitspolitischen Lage vorzunehmen, bleibt vorbehalten.

**7. Die ungenügende Kompetenzordnung ist anzupassen.**

- Die vom Bundesrat getragene Schweizer Orientierungskrise im sicherheitspolitischen Bereich muss möglichst rasch und dauerhaft zugunsten der neu definierten Strategien im Rahmen eines breit verankerten Konsenses überwunden werden. Prozessual gilt es neue Wege zu beschreiben:
- Zu Fragen der Sicherheitspolitik sollte der Bundesrat nicht nur einen unverbindlichen Bericht vorlegen, sondern strategische Leitsätze – sprich: Kernaussagen zur Strategie der Schweizer Sicherheitspolitik – formulieren, welche dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen sind.
- Können National- und Ständerat auf Basis der vom Bundesrat vorgelegten Lagebeurteilung über die wichtigsten Strategien der Sicherheitspolitik konkret befinden, bewirkt das eine markant bessere Bindungswirkung. Erfahrungen aus Kantonsparlamenten zeigen: Derartige Beschlüsse hätten mindestens für die Dauer einer

Legislaturperiode Bestand. Im Gegensatz zur heutigen Situation, in welcher einzelne Parlamentarier und Journalisten sich tatsächlich zutrauen, über die militärische Leistungsfähigkeit von technischen Systemen urteilen zu können (Siehe Debatte um die Lenkwaffe für mittlere Distanzen im Projekt BODLUV).

- Ganz im Sinne der Gewaltenteilung bliebe der Gesamtbundesrat unter Federführung des hauptsächlich zuständigen Departements VBS mit Beizug externer Experten Verfasser des Berichtes. Wenn im Beschlussteil die wichtigsten Grundsatzentscheidungen derart ausformuliert würden, dass die Räte über diese befinden und selbst Ergänzungen und Korrekturen anbringen könnten, löste das einen politischen Einigungsprozess aus. Die Ausweitung der Parlamentskompetenz schliesst auch die Befugnis zur mehrheitlich beschlossenen Abänderung der bundesrätlichen Anträge mit ein.
- Dessen Resultat – so das Kalkül – wäre eine parlamentarisch mehrheitsfähige Stossrichtung der Ausgestaltung der sicherheitspolitischen Strategien und Schwergewichtsmassnahmen.
- Damit könnten auch die Weichen für verbindliche und tragfähige Lösungen betreffend der Ausgestaltung der sicherheitspolitischen Instrumente gestellt werden.
- Für die Schweiz bedeutet die skizzierte Umgestaltung des bisherigen Prozesses die Gewiss-





heit, dass die sicherheitspolitischen Instrumente *rechtzeitiger, besser und zuverlässiger* auf die tatsächlichen Risiken und Chancen ausgerichtet

werden. Daraus resultiert ein Gewinn an Sicherheit in einer Welt, deren beständigstes Element ihre andauernde Unbeständigkeit ist.

## 4. Die beste Schweizer Sicherheitspolitik

Was die Schweiz im 21. Jahrhundert braucht, sind keine unnötigen Referenden und Volksinitiativen von Links und Rechts, *endlich neue Kompetenzordnungen und Denk- und Planungsprozesse*, die schliesslich in *taugliche und effiziente Instrumente* unserer Sicherheitspolitik münden.

Solange keine fundamentale Neuausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik mit markant stärkerer internationaler Einbindung und tieferer eigenständiger Leistungsfähigkeit mehrheitsfähig wird, braucht die Schweiz *eigenständige Streitkräfte, die auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen*.

Die Aufgaben und Aufträge der Armee als Machtmittel der Sicherheitspolitik müssen auf zeitgemässe Bedürfnisse – von Gustav Däniker junior einst als «*schützen, retten und helfen*» umschrieben – ausgerichtet werden. Schliesslich sind das sicherheitspolitische Krisenmanagement und die Zusammenarbeit aller Partner auf allen Ebenen des Sicherheitsverbundes

regelmässig zu schulen, auch das ein Erbe Gustav Dänikers. *Zu diesem Zweck sind periodisch Übungen zu sicherheitspolitisch relevanten Themen durchzuführen*.

Die beste Schweizer Sicherheitspolitik ist in diesem Sinne diejenige, die aktuelle und künftige Bedrohungen und Gefahren von Land, Volk und Staat abwenden kann oder aufgrund zeitgemässer Strategien zu meistern imstande ist. Es ist diejenige, die auf unseren Werten aufbaut und unsere Traditionen übernimmt, soweit sie nach wie vor gültig sind, sich aber andererseits auch konsequent auf die neuen Gegebenheiten und Bedürfnisse ausrichtet.

Es ist nicht zuletzt diejenige, die auch unsere ausserpolitische Handlungsfreiheit erweitert, indem sie mit einem handfesten Beitrag zur Friedenssicherung und Stabilisierung primär in Europa und im europäischen Interessenraum Leistungen erbringt, die auch für unsere Nachbarn wertvoll sind.

## 5 Faktenklärung zu BODLUV

**Der Departementschef hat entschieden, das Evaluationsverfahren im Projekt BODLUV zu sistieren. Die genaue Begründung ist bisher ausgeblieben. Begleitet wurde der Entscheid von wilden Spekulationen der Medien, ausgelöst durch Indiskretionen. Das ist schlecht für die Sicherheit der Schweiz und das Vertrauen in jedwedes Beschaffungsprojekt. Es ist essentiell, dass das Projekt BODLUV so schnell als möglich wieder aufgegleist wird.**

Heute besitzt die Schweizer Armee mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln (TRIO) kein adäquates Instrumentarium mehr, um den Schweizer Luftraum gegen moderne Bedrohungsformen zu verteidigen. In Erfüllung des Postulates Galladé 12.4130 wurde der Bundesrat vom Parlament aufgefordert, zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Die Landesregierung antwortete Ende August 2014 mit dem «Konzept zur langfristigen Sicherung des Luftraumes». Dieses enthält eine detaillierte Analyse der heutigen bzw. künftigen

geforderten Fähigkeiten der Luftverteidigung (Kombination Boden/Luft) und definiert, welche Leistungen von der Armee autonom oder in Kooperation mit anderen zu erbringen sind. Im Frühjahr 2015 wurde der Bundesrat zusätzlich von der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates aufgefordert, ein weiteres Konzept zur Luftraumsicherung zu erarbeiten. Diese Doppelspurigkeit wollte der Bundesrat vermeiden, da der «Masterplan Rüstung» und das «Konzept zur langfristigen Sicherung des Luftraumes» zusammen Grundlage genug sind, um die Fähigkeitslücken in der Luftverteidigung zu schliessen. Der Nationalrat vertrat die gegenteilige Meinung, und das Geschäft ist nun im Ständerat hängig. Aufbauend auf diesen Vorarbeiten und dem im Rüstungsbudget 2017 vorgesehenen Kostendach von 700 Mio. CHF (inkl. Kauf, Wartung und Evaluation) konnte armasuisse mit der Evaluation von geeigneten bodengestützten Luftverteidigungssystemen beginnen.

In einem ersten Teilschritt wurde das Wirksystem (Effektor: Lenkwaffe) für die mittlere Distanz (MR) evaluiert, da dieses Rüstungsprojekt den grössten operationellen Nutzen stiftet. Weil armasuisse personell nicht genügend Ressourcen hat, um alle Teilsysteme gleichzeitig zu evaluieren, wurde eine Schweizer Firma als neutrale Generalunternehmerin (GU) evaluiert. Thales Suisse SA konnte sich in einem Wettbewerbsverfahren durchsetzen und begleitete anschliessend die Evaluation der Wirksysteme für die mittlere Distanz. Die Neutralität des GU und die Transparenz des Prozesses waren von Beginn weg sichergestellt. Thales bereitete die einzelnen Evaluationsschritte vor, die Entscheidungskompetenz entlang des ganzen Evaluationsprozess lag jedoch immer in der Hand des VBS.

#### **Lenkwaffen sind beschaffungstauglich**

Die auf dem Weltmarkt verfügbaren Technologien wurden mit einem «Request for Information» erfasst und miteinander verglichen. Auf Basis der Evaluation von Verfügbarkeit, Leistungsdaten, Kosten oder Eignung für den schweizerischen Einsatz (Landesgrösse, Koordination mit Flieger und Luftabwehr, Art des Einsatzszenarios), kamen am Ende zwei Effektoren auf die «kurze» Liste. Namentlich die IRIS-T SL der deut-

schen Diehl BGT und die CAMM-ER der englischen MBDA. Die beiden Systeme unterscheiden sich wesentlich in der Suchkopf-Technologie. Die IRIS-T SL besitzt einen Infrarot-Suchkopf analog zur Stinger und die CAMM-ER einen Radar-Suchkopf am Ehesten vergleichbar mit dem Rapier-System. Diese Technologien kommen jedoch bei beiden modernen Lenkwaffensystemen erst im Endanflug («letzte Meile») auf dem Weg ins Ziel zum Tragen. Zuvor werden beide Lenkwaffensysteme durch einen Bodenradar in die Nähe ihres Ziels geführt. Beide Varianten besitzen ihre technologiebedingten Vor- und Nachteile und haben selbstverständlich einsatzrelevante Einschränkungen bei gewissen Anforderungskombinationen. Beide Systeme wurden im Detail evaluiert und als beschaffungsreif qualifiziert.

#### **Konzeptionelle Optionen machen Sinn**

Die IRIS-T wird bereits in Norwegen, Schweden, Österreich und Deutschland sowie weiteren Nationen in allen Jahreszeiten und bei allen Wetterbedingungen als Luft-Luft-Variante verwendet. Die Allwetterfähigkeit ist von diesen Staaten nie in Frage gestellt worden. Zudem haben sich Deutschland und Schweden entschieden, für ihre bodengestützten Luftraumverteidigungs-Systeme die IRIS-T SL(S) zu beschaffen. Auch von diesen Ländern wurde die Allwetterfähigkeit attestiert.

Parallel wurde überprüft, ob das zweite System, die CAMM-ER, im Verbund mit der IRIS-T SL eingesetzt werden könnte. Das Prüfen dieser konzeptionellen Variante macht durchaus Sinn. Der Vorteil, dass die Kombination beider Technologien (Infrarot- und Radar-suchkopf) theoretisch zu einem noch besseren Resultat führen würde, liegt auf der Hand. Wenn hier das Schweizer Fernsehen selektiv aus ihm indiskret zugespilten Dokumenten zitiert, zeugt das primär von absichtlicher Skandalisierung und technischem Unwissen. Wichtig zu wissen ist, dass die komplementäre Beschaffung eines zweiten Lenkwaffensystems nie beschlossen wurde. Ebenso gibt es noch kein Beschaffungsprojekt für das Rüstungsprogramm 17. Und der Kreditumfang der vorgesehenen Position ist fix. Eine zukünftige Beschaffung der CAMM-ER wäre zudem – an-

ders als von den Medien kolportiert – wesentlich günstiger, da die Lenkwaffe selbst nur ein kleiner Teil des Gesamtsystems darstellt. Auch hierbei vermittelte das Schweizer Fernsehen schlicht falsche Annahmen.

Ebenso eklatant irreführend ist die aus dem Pflichtenheft (Rundschau vom 13. April) abgeleitete, Ursache und Wirkung vertauschende Aussage, dass BODLUV 2020 MR im Raumschutz (Szenario mit den höchsten Anforderungen!) nur 600 km<sup>2</sup> abdecken kann. Gefordert ist, dass mindestens 600 km<sup>2</sup> im Raumschutz abgedeckt werden müssen! Somit kann also bereits ein einzelner (8-fach-)Werfer dank seines

360°-Einsatzspektrums und einer Reichweite von 40 km eine Fläche von ca. 5000 km<sup>2</sup> abdecken. Wenn den Damen und Herren der Rundschau-Redaktion die Formel zur Berechnung der Kreisfläche (Geometrie Lektion 1, Pflichtschulstoff) bekannt gewesen wäre, hätten sie gemerkt, dass ein einzelner Werfer fast das Achtfache der Anforderungen abdeckt und immerhin etwa einen Achtel der Fläche der Schweiz. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit dem Rüstungsprogramm 17 fünf bis zehn Werfer angeschafft werden können.

### **Evaluationsprozess wieder aufgleisen**

Die Evaluierung fand auf Basis von handfesten Vorgaben statt und wurde von den involvierten Partnern bis jetzt als transparent, professionell und allen Beteiligten gegenüber als fair bezeichnet. Kritisiert werden kann allenfalls die zu spärliche Kommunikation nach aussen. Dennoch sistierte der Departementschef den noch nicht abgeschlossenen Evaluationsprozess (nicht die Beschaffung; dieses Projekt liegt ja noch gar nicht vor). Die tatsächlichen Gründe dafür und deren Protagonisten sind noch nicht bekannt. Fakt ist, dass nun der Evaluationsprozess für das Lenkwaffensystem MR kaum mehr rechtzeitig für das RP 17 abgeschlossen werden kann. Folglich wird auch die Schliessung der Fähigkeitslücke in der Luftverteidigung hinausgezögert. Es gilt nun das Projekt wieder aufzugleisen und voranzutreiben.

Die aus Unwissen verbreiteten Annahmen, welche durch Indiskretionen aus Armeekreisen verbreitet

wurden, geben die Hersteller-Firmen der beiden Lenkwaffensysteme der Lächerlichkeit preis, was bedenklich ist. Zudem wurden zur Herausgabe von geheimen Leistungsdaten, Verträge zwischen dem Hersteller- und dem Beschaffungsland geschlossen. Die Verletzung dieser Geheimhaltung ist ein Vertrauensbruch und kann zu Reputationsschäden auf der zwischenstaatlichen Ebene führen.

Es gilt nun, das Projekt BODLUV so schnell als möglich wieder aufzugleisen und voranzutreiben. Auch Kräfte, die denken, dass mit der Sistierung die Kampfflugzeug-Beschaffung früher kommt, täuschen sich. Das angekratzte Vertrauen der Schweizerinnen und Schweizer in den Beschaffungsprozess macht Grossprojekte nur noch schwieriger. Daher gibt es nur einen Weg: Die Gerüchteküche mit Fakten konfrontieren, die Quelle der Indiskretionen trockenlegen und die verlorene Zeit wieder einholen.



## VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

### Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

### Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

### Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

### Unsere Mittel

Wir finanzieren unsere Publikationen durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

### Unsere Publikationen

finden Sie unter: [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)

### Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft,  
Postfach 65, 8024 Zürich

**Internet: [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)**

Telefon: 044266 67 67 oder Fax: 044266 67 00

Spenden auf: Postkonto 80-500-4, Credit Suisse  
Zürich, Konto-Nr. 468809-0

**Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!**